



**BAYERISCHE
JUNGBAUERNSCHAFT**

Landesgeschäftsstelle
Augsburger Straße 43
82110 Germering
Tel. 089/89 44 14-0
Fax 089/89 44 14-10
info@landjugend.bayern
www.landjugend.bayern

Germering, 25.03.2025

Jugend-, agrar- und energiepolitische Forderungen der Bayerischen Jungbauernschaft e.V.

Sehr geehrte Damen und Herren Bundestagsabgeordnete,

wir gratulieren Ihnen herzlich zu Ihrer Wahl in den Deutschen Bundestag und vertrauen auf Sie, dass Sie eine Regierungsbildung ermöglichen und vorantreiben!

Auf Sie kommen viele wichtige Aufgaben und Projekte zu. Wir als Bayerische Jungbauernschaft e.V. wollen Ihnen nach Ihrer Wahl nachfolgend unsere wichtigsten Forderungen übermitteln und freuen uns auf deren Umsetzung in Ihrer politischen Arbeit.

Jugendpolitische Forderungen

1. Wir fordern eine weitere Stärkung des ländlichen Raumes.

Durch Investitionen in die Infrastruktur und Daseinsvorsorge sowie die gezielte Wirtschaftsförderung wird der ländliche Raum gestärkt und die Lebensqualität verbessert. Dazu gehört auch die Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements in Vereinen.

2. Wir fordern eine Entlastung jüngerer Generationen im Rahmen einer generationengerechten Haushaltsführung.

Für uns junge Leute ist es wichtig, dass die Haushaltsausgaben kritisch hinterfragt werden und nicht leichtfertig Geld für ungeeignete Zwecke ausgegeben wird. So hat der Bundestag für die Ertüchtigung der deutschen Infrastruktur beispielsweise ein Sondervermögen aufgenommen. Die Instandhaltung der Infrastruktur ist speziell für uns junge Leute eine wichtige Angelegenheit. Allerdings dürfen die Lasten hieraus nicht einseitig auf die Zukunft und somit auf die jungen Generationen verteilt werden.

3. Wir fordern die Einführung von steuerfreien Depots zur Altersvorsorge für die junge Generation.

Für unsere junge Generation ist das Vertrauen in die Finanzierung einer ausreichenden gesetzlichen Rente nicht mehr gegeben. Daher fordern wir eine grundlegende und generationengerechte Rentenreform.

Darüber hinaus ist es wichtig, dass privat vorgesorgt wird. Um die Attraktivität der privaten Alterssicherung am Kapitalmarkt zu erhöhen und um die Versteuerung der Gewinne, die von der Inflation ohnehin minimiert werden, zu verhindern, fordern wir, dass jeder ein Depot anlegen darf, auf dem er für das Alter steuerfrei vorsorgt. Wir könnten uns vorstellen, dass dieses steuerfreie Depot zur Altersversorgung auf einen Anlagebetrag von 250.000€ gedeckelt wird.

4. Der Flächenverbrauch muss reduziert werden.

Jeden Tag werden in Deutschland über 50 Hektar landwirtschaftlicher Fläche umgewandelt. Dies entspricht ungefähr der Fläche von eineinhalb bayerischen Betrieben, die der Landwirtschaft jeden Tag verlorengeht. Um dieses Problem zu verkleinern, fordern wir, dass Hemmnisse für die Nachverdichtung abgebaut und Anreize geschaffen werden, dass die Ortskerne wieder gestärkt werden.

Agrarpolitische Forderungen

5. Die Anstrengungen zum Bürokratieabbau in der Landwirtschaft müssen mit hoher Priorität intensiviert werden.

Der Bürokratieabbau muss sich rechtlich auf verschiedenen thematischen Ebenen vollziehen.

Die Düngeverordnung muss vereinfacht werden, um den bürokratischen Aufwand für landwirtschaftliche Betriebe, besonders für kleinere, zu verringern. Dazu gehört eine Reduzierung der Komplexität und Häufigkeit der erforderlichen Nachweise und Dokumentationen. Dies würde es den Betrieben erleichtern, die Anforderungen ohne unnötig viele administrative Aufgaben zu erfüllen.

Zudem sollte die Zusammenarbeit zwischen benachbarten landwirtschaftlichen Betrieben zur gemeinsamen Düngung und Nährstoffverwertung erleichtert werden. Dies ermöglicht landwirtschaftlichen Betrieben mehr Flexibilität und fördert die effiziente Nutzung von Düngemitteln und Nährstoffen.

Um die Bürokratie in der Tierhaltung zu reduzieren, sollten Dokumentationspflichten vereinfacht und Aufzeichnungs- sowie Nachweispflichten insbesondere für kleine und mittlere Betriebe reduziert werden. Genehmigungsverfahren für tierfreundliche Stallumbauten und Modernisierungen müssen flexibler gestaltet werden, um Anpassungen schneller und unbürokratischer zu ermöglichen.

Ein digitales System, einschließlich eines digitalen Rinderpasses und einer zentralen Tierbestandsdatenbank, kann Mehrfachmeldungen vermeiden und Verwaltungsaufwand reduzieren.

Auch die Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte wird durch bürokratische Hürden erschwert. Verkaufsstände an öffentlichen Straßen dürfen aktuell nur für drei Monate betrieben werden, was durch den Klimawandel und längere Anbauzeiten ineffizient ist. Eine Anpassung auf sechs Monate oder der Wegfall dieser Regelung würde Betriebe entlasten. Das Ladenschlussgesetz und die 90%-Regel für Urproduktion hemmen Kooperationen und Regionalität. Eine Absenkung auf 50 % würde die Flexibilität erhöhen. Die Nährwertkennzeichnungspflicht für Online-Verkäufe und das Verpackungsgesetz stellen besonders für kleine Betriebe eine bürokratische Belastung dar. Eine Ausnahme für kleine und mittelständische Unternehmen könnte den Aufwand reduzieren.

Steuerliche Regelungen, die bei Überschreiten von 51.500 € aus landwirtschaftlicher Tätigkeit eine gewerbliche Buchführung verlangen, sollten nach langer Zeit wieder angepasst werden, um den Verwaltungsaufwand zu verringern. Auch Nebenerwerbsbetriebe sollten Betriebshilfe erhalten können.

Baurechtliche Hürden bei der Umnutzung von landwirtschaftlichen Betrieben für Direktvermarktung sollten ebenfalls abgebaut werden, um regionale Verkaufsstrukturen zu fördern.

6. Die Ergebnisse der Zukunftskommission Landwirtschaft sollen die künftige Agrarpolitik in Deutschland mitbestimmen.

Die Umsetzung der Ergebnisse aus der Zukunftskommission Landwirtschaft soll im Koalitionsvertrag verbindlich aufgenommen werden, um als zentrale Grundlage für die zukünftige Agrarpolitik in Deutschland zu dienen. Nur so kann eine nachhaltige, wettbewerbsfähige und resiliente Landwirtschaft gewährleistet und den Betriebsleitern Planungssicherheit gegeben werden.

7. Wir fordern die Wiedereinführung des Agrardiesels.

Die Energiesteuer auf Kraftstoffe wurde für die Finanzierung der Straßen eingeführt. Mit unseren landwirtschaftlichen Fahrzeugen entsteht der größte Teil des Dieselverbrauchs nicht auf öffentlichen Straßen, sondern auf landwirtschaftlichen Flächen. Außerdem sind auch wir im direkten Wettbewerb mit anderen Ländern, welche ebenfalls entsprechende Vergünstigungen erhalten. Deshalb fordern wir, dass der Agrardiesel wieder eingeführt wird und nach dem europäischen Durchschnittssatz behandelt wird, solange es keine praxistauglichen Alternativen gibt. Gleichzeitig sollten umweltverträgliche Alternativen, wie z. B. selbst produzierte Kraftstoffe oder HVO-Diesel, gefördert werden.

8. Das Freihandelsabkommen mit den MERCOSUR-Staaten muss in der Landwirtschaft gleiche Standards gewährleisten, gleichzeitig müssen die transatlantischen Handelsbeziehungen neu überdacht werden.

Als Bayerische Jungbauernschaft stehen wir zu hohen Umweltstandards. Für das ratifizierte Freihandelsabkommen mit den MERCOSUR-Staaten Südamerikas fordern wir, dass Lebensmittel, welche auf unseren heimischen Markt kommen und somit im direkten Wettbewerb zu unseren Erzeugnissen stehen, auch dieselben Produktionsstandards einhalten.



Produkte, die zu niedrigeren Standards produziert wurden, müssen in Höhe der Umweltleistungen, die einheimische Produkte liefern, stärker besteuert werden. Angesichts der politischen Entwicklungen in den USA muss sich die europäische Landwirtschaft bzgl. des Grades der Selbstversorgung in allen Lebensmittelbereichen noch resilenter aufstellen. Angesichts dieser Entwicklungen ist eine starke Exportwirtschaft elementar. Nichtsdestotrotz darf das nicht zulasten einzelner Branchen und der hiesigen Umwelt- und Sozialstandards gehen. Gerade in Zeiten einer unsicheren Weltpolitik ist die sichere Selbstversorgung mit hochwertigen Lebensmitteln unabdingbar.

9. Die Novellierung des Bundeswaldgesetzes sollte nicht weiterverfolgt werden.

Planungen zur Novellierung des Waldgesetzes sollte ein Ende gemacht werden. Stattdessen sollte der Fokus auf nachhaltigen und resilienten Lieferketten liegen – getreu dem Motto „Holz aus der Region für die Region“. Die Bayerische Jungbauernschaft hält an einer Bewertung von Holz als nachwachsender Rohstoff fest.

Energiepolitische Forderungen

10. Die gesetzlichen und förderungspolitischen Regelungen zu Biogas müssen besser der landwirtschaftlichen Praxis angepasst werden.

Für Biogasanlagen sollte die Bemessungsleistung wieder eingeführt werden. Diese muss auch die Grundlage für Auflagen, Ausschreibung und die Vergütung sein. Für Anlagen mit Wärmenetzen ist eine Vergütung auf Viertelstunde-Basis oft nicht sinnvoll, da im Sommer mit wenig Wärmeabnahme auch deutlich weniger Strom und Wärme produziert werden und aus Kostengründen eine Mindestlaufzeit der Motoren einzuhalten ist. Für die Finanzierung des Mehraufwandes durch die Überbauung und bedarfsgerechte Stromerzeugung muss der Flex-Zuschlag erhöht werden.

Der Bonus für kleine Biogasanlagen muss wieder eingeführt werden. Dies ist erforderlich, da kleine Biogasanlagen eine höhere Kostenstruktur haben.

Des Weiteren ist der Maisdeckel komplett zu streichen, da durch die Vorgaben der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) bereits Reglementierungen von Seiten der Anbaufläche gelten. Mais ist aus energetischer, biologischer, aber auch ökologischer Sicht sinnvoll und reduziert die benötigte Fläche für die Energiesicherheit.

Ein weiteres Problem an den aktuellen Vorgaben ist, dass Landwirte für den kompletten Zeitraum des zweiten Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) an die bei der Ausschreibung angegebene installierte Leistung gebunden sind. Hier muss dringend eine Änderung herbeigeführt werden, dass im Laufe des Vergütungszeitraums mittels einer Nachflexibilisierung die installierte Leistung erhöht werden kann.

Für Biogasanlagen, die von der klassischen Vergütungsstruktur in die Klasse der Güllekleinanlagen wechseln möchten, muss dies ohne den aktuell geforderten Neuanlagenstatus möglich sein.



11. Bei Abschaltung von Erzeugungsanlagen muss Eigenverbrauch möglich sein.

Bei der Abregelung von Erzeugungsanlagen muss es möglich sein, dass der Strom, welcher am jeweiligen Netzeinspeisungspunkt verbraucht wird, weiter selbst erzeugt werden kann. Deshalb muss in solche einem Fall eine o-Einspeisung erlaubt werden statt einer Komplettabschaltung.

Mit unseren Nachwahlforderungen hoffen wir, Ihnen in Ihren Koalitionsverhandlungen die Stimme der Jugendlichen auf dem Land und der jungen Landwirtinnen und Landwirte aufzeigen zu können.

Die Bayerische Jungbauernschaft e.V. (BJB) vertritt als Jugendverband rund 20.000 junge Menschen in den ländlichen Regionen Bayerns. Unsere Motivation: Lebenswerte ländliche Räume für Jugendliche und junge Erwachsene erhalten und gestalten. Mit unserer ehrenamtlichen außerschulischen Jugendarbeit tragen wir einen wichtigen Teil dazu bei. In unserem Netzwerk sind wir unter anderem Mitglied des Bayerischen Jugendrings und des Bundes der Deutschen Landjugend. Mehr Infos auf unserer Homepage: www.landjugend.bayern

Rückfragehinweis: Bayerische Jungbauernschaft e.V., Augsburger Straße 43, 82110 Germering, Tel. 089 / 89 44 14 – 0; presse@landjugend.bayern